

Datum: 10.11.2022
Telefon: 0 233-21164
Telefax: 0 233-21269

Kulturreferat

KULT-ABT 4

Anlage 3 der BV Neukonzeption Public History München

In Ergänzung zu den Erläuterungen in der Beschlussvorlage wird hier die Genese und Zusammenführung der einzelnen bestehenden Fachbereiche dargestellt.

Aufgabenfelder von Public History München

2.2.1 Geschichte des jüdischen Münchens

Die jüdische Geschichte Münchens ist Teil der Stadtgeschichte im Ganzen. Ihre Analyse und Darstellung ist daher als eine ihrer Geschichten in die Historiographie der gesamten Stadtgesellschaft eingebettet. Heute ist eine inklusivere Betrachtung üblich, die die Innen-Perspektive jüdischer Münchnerinnen und Münchner als eigenständige Akteur*innen herausarbeitet. Dadurch rücken die jüdischen Kerninstitutionen genauso in den Mittelpunkt wie kollektive Bewusstseinslagen unterschiedlicher Gruppen des Judentums unserer Stadt. Der besondere rechtliche und gesellschaftliche Status jüdischer Münchner*innen als Angehörige einer Minderheit spielt in der Geschichtsdarstellung auch weiterhin eine Rolle, doch muss dieser Blick auf die nicht-jüdischen Rahmenbedingungen, der eine Außensicht widerspiegelt, ausbalanciert werden durch ein Forschungsinteresse an innerjüdischen Prozessen als Teil der gesamten Stadtgeschichte.

Der Arbeitsbereich „Jüdische Geschichte“ im Stadtarchiv München nahm Ende der 1980er Jahre seine Arbeit auf. Anlass war die Übernahme des Nachlasses des Publizisten und damaligen Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Hans Lamm. In den 1990er intensivierte das Stadtarchiv seine Beschäftigung mit diesem Themenfeld, was u.a. zum Aufbau des Sammlungsschwerpunktes ‚Judaica‘ mit Nachlässen, Selbstzeugnissen, sowie Bild- und Tondokumenten früherer jüdischer Bürger Münchens führte. Es entstand das international geschätzt und gefragte „Biografisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933-1945“, das Auskunft zu rund 14.000 Lebenswegen von jüdischen Münchnerinnen und Münchnern gibt. Diese digitale Ressource soll mittelfristig zu einem umfassenderen Wissensspeicher zur jüdischen Geschichte Münchens im 19. und 20. Jahrhundert ausgebaut werden. Neben der Organisation von wissenschaftlichen Tagungen – so referierten 2015 und 2019 internationale Expert*innen zu Leben und Werk von Lion Feuchtwanger – und der Vertiefung der Exilforschung betreut der Arbeitsbereich auch Arbeitszimmer und Bibliothek des bedeutenden Religionsphilosophen Schalom Ben-Chorin im Stadtarchiv.

Auch im Kulturreferat steht weiterhin die Erforschung, Darstellung und Vermittlung der Geschichte jüdischen Lebens im München des 19. und 20. Jahrhunderts im Zentrum dieses Fachbereichs. Auf wissenschaftlicher Basis mit unterschiedlichen Zugängen (z.B. biografisch, sozial- und wirtschaftshistorisch, ein Ansatz der Gender Studies, der

Kulturgeschichte oder der Migrationsforschung) werden verschiedene Vermittlungsformate in Kooperation mit anderen Gedächtnisinstitutionen aber auch Kulturakteur*innen fortentwickelt.

2.2.2 Migration bewegt die Stadt – Migrationsgeschichte Münchens

Das Thema Migration ist in den letzten Jahren zu einem zentralen bundes- und kommunalpolitischen Handlungsfeld geworden. Es steht außer Zweifel, dass Migrationsbewegungen das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Profil Münchens seit jeher beeinflusst haben. Mehr als andere vergleichbare Großstädte ist München eine durch transnationale Zuwanderung geprägte multikulturelle Stadt. Am Beispiel der Landeshauptstadt lässt sich in paradigmatischer Weise das vielfältige Wirkungsspektrum von Migration und grenzüberschreitender Mobilität auf ein kommunales Gemeinwesen herausarbeiten.

Um die Geschichte der Migration zu erforschen, wurde 2014 vom Stadtrat das Projekt „Migrationsgeschichte als Teil der Münchner Stadtgeschichte dauerhaft erforschen, sammeln und sichtbar machen“ beschlossen und 2018 vom Stadtrat entfristet. (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12242). Die erfolgreiche Arbeit des Bereichs Migrationsgeschichte wird in der Abteilung Public History München weitergeführt. Migrationsgeschichte wird dabei als Querschnittsthema verstanden und bietet daher vielfältige Ansatzpunkte für interdisziplinäre Kooperationen sowohl mit anderen städtischen Dienststellen aber ebenso darüber hinaus mit allen Kultursparten. Dies geschieht nicht losgelöst vom Stand der Forschung, der etwa im Rahmen von wissenschaftlichen Tagungen an die Münchner Migrationsgeschichte rückgebunden wird. Entscheidende Impulse kamen 2014 durch die internationale Tagung „Stadt, Region, Migration – Zum Wandel urbaner und regionaler Räume“.

Die seit 2016 realisierten „Aktionstage Migration“ sollen biennial als dezentrale Aktionen im gesamten Stadtgebiet fortgeführt werden. Durch unterschiedliche Veranstaltungen wird die Bedeutung der Migration für die Quartiersentwicklung sichtbar gemacht. Migration wird dabei immer als integraler und damit selbstverständlicher Bestandteil der Stadtgesellschaft verstanden, der sich überall in sozialen Einrichtungen, in Schulen, in der Stadtteilgeschichte und auch in Kunst, Literatur und im Sport zeigt. Durch die Fokussierung auf die Stadtviertel zeigen sich lokale Besonderheiten in der Migrationsgeschichte, was z.B. die Einwanderung aus bestimmten Regionen betrifft, als auch Gemeinsamkeiten, die die Stadt München zu einem postmigrantischen Ort verbinden.

Die Münchner Migrationsgeschichte ist in vielen Bereichen noch nicht erforscht. Der Fachbereich Migrationsgeschichte verfügt über eine profunde Expertise zur Geschichte der Einwanderung und beantwortet eine Vielzahl von Anfragen von Wissenschaftler*innen, von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie

Kulturakteur*innen. Gleichzeitig werden Kontakte zu den verschiedenen Communities gehalten und erweitert. Die gute Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen und Einzelpersonen hat zur Erweiterung der städtischen Sammlungsbestände im Stadtarchiv beigetragen. Diese Zusammenarbeit soll fortgesetzt werden. Dazu gehört auch ein Oral-History-Projekt, bei dem Akteur*innen der Migration selbst zu Wort kommen. Diese werden im Digitalen Langzeitarchiv des Stadtarchivs abgelegt und sollen perspektivisch auf der Homepage von Public History München zugänglich gemacht.

Stärker als bisher soll der Fachbereich Migrationsgeschichte auch Projekte durch Zuschussausreichungen unterstützen, die zur Stärkung der postmigrantischen Erinnerungskultur beitragen. Denn die Wahrnehmung von München als Einwanderungsstadt ist nicht sehr ausgeprägt. Ziel wird sein, eine transnationale Erinnerungskultur zu etablieren, die eine multiperspektivische Erinnerung mit Akteur*innen aus verschiedenen Ländern ermöglicht und im städtischen Raum sichtbar verankert. Darüber hinaus werden erinnerungskulturelle Formate im digitalen Bereich erprobt.

2.2.3 Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen

Ausgangspunkt für die Gründung der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen war der Beschluss des Stadtrats von 2015 in München die Erinnerungszeichen für die Todesopfer des NS-Regimes als neues individuelles und dezentrales Gedenkformat im öffentlichen Raum zu etablieren. Seit 2017 hat die Koordinierungsstelle (2 VZÄ) ihre Arbeit aufgenommen und im Sommer 2018 die ersten Erinnerungszeichen der Öffentlichkeit übergeben.

Inzwischen wird im Münchner Stadtraum an mehr als 130 Frauen, Männer und Kinder an über 60 Orten mit Erinnerungszeichen gedacht. Bis zum Jahresende wird sich die Zahl auf über 150 erhöhen. Erinnerungszeichen werden im Rahmen öffentlicher Gedenkveranstaltungen eingeweiht, an denen Stadträt*innen, Vertreter*innen der Opfergruppen, Bürger*innen und ggf. Angehörige teilnehmen. Mehr als 160 offene Personenanträge liegen noch vor, und ihre Zahl wächst stetig. Die Anträge werden von Angehörigen gestellt, aber auch von zahlreichen Bürger*innen, Schulen Bezirksausschüssen und vielen Institutionen.

In Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum München und dem Kulturreferat entwickelt die Koordinierungsstelle ein online-Gedenkbuch und eine Datenbank für alle Opfer des NS-Regimes und führt Rechercheprojekte zu verschiedenen Opfergruppen durch. Ein Schwerpunkt der Koordinierungsstelle liegt in der schulischen Vermittlungsarbeit, die in Kooperation mit Münchner Schulen erfolgreich durchgeführt werden. Weiter bietet die Koordinierungsstelle Formate an, die der Stadtgesellschaft eine Partizipation am Projekt Erinnerungszeichen ermöglichen und die eigene forschende Annäherung an Biographieforschung erleichtern. Seit 2022 bietet

eine WebApp Interessierten Wissen über neue Erinnerungszeichen, Kurzbiografien geben Einblick in die Lebensgeschichten der Menschen.

Das große bürgerschaftliche Engagement für die Erinnerungszeichen ist ein Gradmesser dafür, dass in der Stadtgesellschaft Münchens ein Bewusstsein für erinnerungskulturelle Arbeit besteht und die Erinnerungszeichen eine Leerstelle im öffentlichen Gedenken an die Opfer des NS-Regimes schließen.

2.2.4 Historisch belastete Straßennamen untersuchen und einen Vorschlag für den Umgang damit erarbeiten

Der Umgang mit historisch belasteten Straßennamen ist in München seit mehr als 20 Jahren ein viel diskutiertes Thema. Seit dem Jahr 2000 wurden in der Stadt sechs Straßen aufgrund einer schwerwiegenden Belastung des Namensgebers umbenannt. In den letzten Jahren ist die Sensibilität für einen angemessenen und wissenschaftlich abgesicherten Umgang mit historisch belasteten Straßennamen noch gewachsen – nicht nur in München, sondern auch in vielen anderen deutschen Städten und Gemeinden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat das Stadtarchiv München daher im Juni 2016 mit einer umfassenden Überprüfung der Münchner Straßennamen auf wissenschaftlicher Grundlage beauftragt. Zielsetzung des Projekts war und ist: problematische Straßenbenennungen identifizieren, entsprechend kategorisieren und nach möglichst einheitlichen Maßstäben hinsichtlich ihrer historischen Belastung priorisieren.

Unter den 6.177 überprüften Münchner Straßennamen wurden 332 Straßennamen mit signifikantem Kommentierungs- und Kontextualisierungsbedarf sowie 46 Straßennamen mit erhöhtem Diskussionsbedarf ermittelt. Dabei handelt es sich meist um Straßennamen, deren Namensgeber durch explizite Äußerungen und Handlungen insbesondere im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime oder durch kolonialpolitische Aktivitäten als belastet eingestuft wurden. Ein vom Ältestenrat des Stadtrats eingerichtetes Expert*innengremium prüft seit Ende 2019 die Straßennamen mit erhöhtem Diskussionsbedarf und erarbeitet Empfehlungen zum künftigen Umgang mit ihnen. Die abschließende Entscheidung über den Umgang mit historisch belasteten Straßennamen trifft der Münchner Stadtrat. Auch die 332 Straßennamen mit signifikantem Kommentierungs- und Kontextualisierungsbedarf werden ab 2023 durch das Expert*innengremium geprüft.

Die als problematisch bewerteten Straßennamen sollen künftig durch ein integriertes digitales Informationsangebot vertieft kontextualisiert und kommentiert werden. Dieses digitale Angebot, dessen Architektur und konzeptionelle Ausrichtung ab 2023 entwickelt wird, wird dazu beitragen, den stadtgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskurs zum Umgang mit historisch belasteten Straßennamen der letzten zwei Jahrzehnte transparent zu machen. Entsprechende Bildungsangebote sind Teil dieses

Vorhabens, das ein wichtiger Baustein für die geplante umfassende und differenziert angelegte digitale Strategie der neuen Abteilung im Kulturreferat ist.

2.2.5 Kulturgeschichtspfade

Mit Beschluss des Stadtrats vom 06.11.2002 wurden in München die sogenannten Kulturgeschichtspfade als eine niederschwellige Form der historischen Wissensvermittlung ins Leben gerufen. Diese Rundgänge durch die Stadtbezirke entlang historisch bedeutsamer Orte, Ereignisse und Wirkungsstätten einzelner Münchnerinnen und Münchner sollen zu einem flächendeckenden Informationsnetz der Geschichte Münchens ausgebaut werden. Seitdem sind bereits 23 Kulturgeschichtspfade erschienen. Die handlichen Broschüren, die auch kostenlos im Internet heruntergeladen werden können, sind mittlerweile als ein viel genutztes Format der Geschichtsvermittlung etabliert.

Der Fachbereich Stadtgeschichte im Kulturreferat verantwortet das Projekt Kulturgeschichtspfade durch Steuerung der Konzeption, Recherchen und Umsetzung bis zur Drucklegung und Eröffnungsveranstaltungen. Die bis heute erfreulich hohe Nachfrage der KGP erfordert neben den neuen KGP auch die konstante Aktualisierung der bestehenden KGP.

Von vielen Bezirksausschüssen und aus der Bürgerschaft besteht seit längerem der Wunsch nach der Entwicklung eines digitalen KGPs. Dafür hat der Fachbereich Stadtgeschichte 2021 einen Produktdesignprozess mit dem städtischen Innolab durchgeführt. Dieses Projekt soll in der Abteilung Public History im neuen Bereich Digital Memory als ein zentrales Projekt fortgeführt und realisiert werden.

2.2.6 Stadtgeschichtliche Programmreihen und Gedenkveranstaltungen

Neben den stadtgeschichtlichen Projekten, die von Initiativen und Antragsteller*innen an das Kulturreferat herangetragen werden, greifen die Mitarbeiter*innen der Abteilung Public History München auch eigen-initiativ aktuelle Themen auf.

So wurde 2014 eine große Programmreihe zum Thema Erster Weltkrieg unter dem Titel „1914-2014 - Die Neuvermessung Europas“ mit mehr als 65 Partnern und rund 140 Beiträgen in der Stadt veranstaltet. 2015 veranstaltete das Kulturreferat ein Programm „Was geht? Kunst und Inklusion“, mit dem das Thema Behinderung in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesetzt wurde. 2017 folgte „Draußen oder Drinnen? Zusammenleben in Europa“, eine Programmreihe, die München in seinen europäischen Kontext stellte, gemeinsam nach den Beziehungen zu und mit seinen Nachbarländern befragte und den Prozess der europäischen Verständigung am konkreten Beispiel München verhandelte. Im November 2018 startete das bislang größte Programm „1918-2018. Was ist Demokratie? Ein Programm zu 100 Jahre Revolution und Rätezeit in München“. 170 Partner haben über sechs Monate mehr als 330

Veranstaltungen aus allen Sparten auf die Beine gestellt und sowohl viele Facetten der historischen Epoche in den Blick genommen, als auch darüber hinaus Fragen nach demokratischen Grundwerten und Utopien im 21. Jahrhundert diskutiert. 2020 umrahmte die Eröffnung der Dokumentation Oktoberfest-Attentat ein sechswöchiges Programm zu „40 Jahre Oktoberfest-Attentat“. Seit Herbst 2021 wird das Programm „Past.Statements. Denkmäler in der Diskussion“ in Kooperation mit Public Art München/Abt. 1 sehr erfolgreich durchgeführt.

Bei der Kuratierung durch den Fachbereich Stadtgeschichte geht es immer darum, interdisziplinär, multiperspektivisch, unterstützend und dialogisch ausgerichtete stadtweite Geschichts- und Kulturprogramme zu entwickeln. Stadtgeschichte ist heute auch Ausgangspunkt für gesamtgesellschaftliche Fragen, die sich aus dem gegenwärtigen Umgang mit Vergangenheit und deren Hinterlassenschaften ableitet: Wie gehen wir mit unserem historischen Erbe um - und wie gestalten wir damit auch unsere Gegenwart? Diese Fragen sollen dezidiert im kritischen Dialog mit einer Vielfalt an Akteur*innen und den Bürger*innen dieser Stadt verhandelt und sichtbar gemacht werden. So entfaltet sich eine spannende Vielfalt, bei der es dann neben klassischen Veranstaltungsformaten wie Vorträgen, Diskussionen, Ausstellungen auch spezifische Stadtrundgänge, dokumentarische Theaterperformances, temporäre Kunstinterventionen im öffentlichen Raum, Konzerte, Tanz- und Chorabende oder virtuelle Augmented Reality oder Virtual Reality Projekte gibt.

Bei zentralen Gedenkveranstaltungen mit hochrangiger Beteiligung mit Freistaat und Bund arbeitet die Abteilung eng mit der Protokollabteilung des Direktoriums zusammen und unterstützt insbesondere durch die Einbindung verschiedener Betroffenengruppen. Für die Vorbereitung und Durchführung zentrale Gedenkveranstaltungen der Landeshauptstadt München zur Erinnerung an das rechtsterroristische Attentat am Olympia-Einkaufszentrum am 22.07.2016, das Oktoberfest-Attentat am 26.09.1980, die Novemberpogrome am 9.11.1938 oder der Deportation der Münchner Jüdinnen und Juden nach Kaunas am 25.11.1941 sind die Mitarbeiter*innen der Abteilung Public History München beteiligt. Auch die Koordinierung der Ausgestaltung des vom Bundesinnenministerium 2022 eingeführten Gedenktags für Opfer von Terrorismus am 11.3. wird das Kulturreferat künftig übernehmen.

Die FgR hat hierzu mitgeteilt, dass sie dafür plädiert, die Opfer und Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt- und Terrorakte in München ins Zentrum der städtischen Erinnerungskultur zu stellen. Weiter führt die FgR aus, dass aus Sicht der Bundesregierung ein allgemeines Gedenken an Terrorismus sinnvoll sei, für München erscheint ihr sinnvoll, konkrete Ereignisse der Münchner Stadtgeschichte zu gedenken.

2018 entschied der Münchner Stadtrat, dass künftig am 13. März der Deportation der Münchner Sinti*izze und Rom*nija durch die Nationalsozialisten mit einem offiziellen Gedenktag ein fester Platz im städtischen Gedenken eingeräumt werden soll. Der Fachbereich Stadtgeschichte hat dafür eine Arbeitsgruppe von städtischen und nicht-

städtischen Akteur*innen installiert, die seither jährlich gemeinsam die Ausgestaltung plant und umsetzt.

2.2.7 Georg-Elser-Preis

Der Preis wird seit 2013 alle zwei Jahre im November als Preis der Landeshauptstadt München verliehen. Mit dem Georg Elser-Preis wird das Wirken und Handeln von Menschen mit Zivilcourage, die sich für die demokratischen Errungenschaften einsetzen, gewürdigt. Der Preis ist mit 5.000 € dotiert. Der Fachbereich Stadtgeschichte hat es übernommen, das Juryverfahren durchzuführen und die Preisverleihung zu gestalten. Die neue Abteilung Public History München wird auch künftig die Ausreichung des Georg-Elser-Preises der Stadt München übernehmen und damit den Anspruch, die lebendige Auseinandersetzung der Münchner Zivilgesellschaft mit Stadtgeschichte und gegenwartsbezogener Erinnerungsarbeit aktiv mitzugestalten, einlösen.

2.2.8 Dokumentation Oktoberfest-Attentat und Forschungsprojekt

2015 initiierte die Stadt München ein Forschungsprojekt zum Oktoberfest-Attentat, dessen Leitung der Fachbereich Stadtgeschichte im Kulturreferat übernommen hat. Das anfängliche Ziel, Lebensgeschichten von Überlebenden zu dokumentieren, entwickelte sich zu einem Teilhabeprojekt, um das Attentat und seine Folgen in der Stadt sichtbar zu machen. Neben Zeitzeugeninterviews Betroffener wurde 2018 eine Gedenktafel am Neuen Rathaus realisiert und 2020 - trotz Pandemie - die Dokumentation Oktoberfest-Attentat anlässlich des 40. Jahrestages im Beisein des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und zusammen mit vielen Überlebenden der Öffentlichkeit übergeben. Oberbürgermeister Dieter Reiter hat damals selbstkritisch die Versäumnisse der Landeshauptstadt München im erinnerungskulturellen Umgang mit dem schwersten rechtsterroristischen Attentat in der Bundesrepublik eingeräumt und zugesichert, dass das Forschungsprojekt und die erinnerungskulturelle Arbeit der Stadt München fortgesetzt wird.

Die anhaltend positiven Reaktionen sowohl von Besucher*innen wie Überlebenden und Angehörigen von Verletzten und Getöteten auf den neuen Erinnerungsort geben der Vorgehensweise und dem partizipativen Verfahren Recht.

Im Oktober 2020 hat der Stadtrat für inhaltliche Betreuung des Dauerbetriebs und die Fortführung der Medienstationen dauerhaft Projektmittel in Höhe von 35.000 € bereitgestellt, eine dauerhafte personelle Ausstattung wurde nicht gewährt.

Seit der Eröffnung melden sich bislang unbekannte Überlebende des Attentats. Ihre Lebens- und Leidensgeschichte konnte in den städtischen Gedächtnisspeicher in Form von Interviews aufgenommen werden. Zum Jahrestag 2022 ist es gelungen, die Stimmen von Überlebenden auch in einer Medienstation in Deutsch und Englisch

abrufbar zu machen und eine barrierefreie Web-App zu realisieren. Weiter wurde in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik der LMU ein pädagogisches Rundgangskonzept für die Dokumentation erarbeitet, das künftig die Grundlage für Rundgangsleiter*innen vor Ort bieten soll.

Bislang war es aufgrund der fehlenden personellen Ausstattung jedoch nicht möglich ein dauerhaftes Rundgangsangebot für Besucherinnen und Besucher zu realisieren. Das Kulturreferat möchte dafür Kooperationspartner*innen in der Stadt suchen und einen Ausbildungskurs für Rundgangsleiter*innen anbieten. Damit soll sichergestellt werden, dass künftig Anfragen von Besuchergruppen ein inhaltlich fundiertes Vermittlungsangebot vor Ort erhalten.

Seit 2020 hat das Kulturreferat durch die gute Zusammenarbeit mit Überlebenden auch gelegentlich in Münchner Schulen Zeitzeugengespräche anbieten können, die auf sehr positive Reaktionen bei den Schulen und Schüler*innen wie auch bei den Betroffenen selbst gestoßen sind. Weitere Schulen haben sich beim Kulturreferat gemeldet und um ein derartiges Vermittlungsangebot ersucht. Auch die Überlebenden wünschen sich eine Fortsetzung bzw. Ausweitung dieser Gesprächsformate mit jungen Menschen, um das Oktoberfest-Attentat auch jenseits des Erinnerungsortes im Bewusstsein der Münchnerinnen und München zu stärken.

Auch in diese Richtung möchte die Abteilung Public History München die erinnerungskulturelle Vermittlungsarbeit mit Überlebenden und jungen Menschen intensivieren. Da es sich bei dieser Fortschreibung um zusätzliche Aufgaben – der fortzusetzenden Betreuung von Überlebenden, der Fortführung des Forschungsprojekts und der Installierung einer nachhaltigen Vermittlungsarbeit - handelt und dem Fachbereich bisher für den Dauerbetrieb der Dokumentation keine Personalressourcen zur Verfügung stehen, wird hiermit ein Personalbedarf von dauerhaft 0,5 VZÄ beantragt. So kann die LHM ihr Versprechen einlösen, die Auseinandersetzung mit dem Oktoberfest-Attentat als eine dauerhafte Aufgabe in der neuen Abteilung Public History zu verankern und die bereits zur Verfügung stehenden Projektmittel nachhaltig einsetzen.

2.2.9 Neukonzeption und Realisierung von und Umgang mit bereits existierenden Erinnerungsorten (Gedenktafeln, Denkmälern u.a.) im öffentlichen Raum

Angesichts der Vielzahl von Anträgen auf Anbringung bzw. Errichtung von permanenten Gedenktafeln bzw. Denkmalen und einer zunehmenden Betafelung im Stadtbild entschied der Münchner Stadtrat, ein neues Verfahren der Entscheidungsfindung anzuwenden. Mit dem Beschluss „Geschichte und Erinnern im öffentlichen Raum“ vom 06.11.2002 hat sich die Stadt München Rahmenbedingungen definiert, wie sie mit der Erinnerungskultur im Stadtbild umgehen möchte. Die wesentlichen Eckpunkte waren, künftig vorrangig mit Kultur- und Themengeschichtspfaden als Vermittlungsinstrument für Stadtgeschichte zu arbeiten und Gedenktafeln nur noch in begründeten Ausnahmefällen anzubringen. Die Arbeitsgruppe Gedenktafeln wurde eingerichtet und

befasst sich mit der Prüfung aller eingehenden Anregungen, die von Bürger*innen, den Bezirksausschüssen, Stadträt*innen und anderen möglichen Initiator*innen an die Stadt herangetragen werden.

Der Fachbereich Stadtgeschichte koordiniert und bereitet die AG Gedenktafeln vor und nach. Er lädt dreimonatlich zu den nicht-öffentlichen Sitzungen der AG ein. Das Gremium spricht fachlich begründete Empfehlungen für den Stadtrat aus. Es vollzieht damit den Grundsatzbeschluss des Stadtrates „Geschichte und Erinnern im öffentlichen Raum“ vom 06.11.2002. Die AG hat sich als effektives Gremium für den Umgang mit Anträgen zur Erinnerung im öffentlichen Raum bewährt.

Findet die positive Empfehlung der AG Gedenktafel Gehör und mündet in einen Beschluss des Stadtrats, wird das Kulturreferat mit der Konzeption und Realisierung eines neuen Erinnerungsortes beauftragt. Für die Abteilung Public History München nehmen daher auch permanente und temporäre Denkmalsetzungen im öffentlichen Raum einen wichtigen und umfangreichen Arbeitsbereich innerhalb einer sich wandelnden und lebendigen Erinnerungskultur ein. Dieses Feld bearbeitet der Fachbereich Stadtgeschichte interdisziplinär gemeinsam mit dem Bereich Public Art München (Abt. 1) und in internationalem Austausch mit aktuellen Entwicklungen.

Im Unterschied zum traditionellen permanenten (Personen-) Denkmal arbeitet zeitgenössische Erinnerung im öffentlichen Raum heute mehrdeutig, selbstkritisch und damit sehr demokratisch. Neben klassischen Denkmälern und Gedenktafeln gibt es eine große Bandbreite an Formen, um sich mit Geschichte im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen. Das Kulturreferat verfolgt auch hierbei einen multiperspektivischen Ansatz, einen partizipativen Weg und erörtert Fragestellungen im gemeinsamen Prozess mit den Menschen in unserer Stadt.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Fachbereiche Stadtgeschichte und Public Art München der vergangenen Jahre manifestiert sich in der Realisierung wichtiger neuer Erinnerungsorte in München wie dem Denkmal „Für Euch“ der Künstlerin Elke Härtel zur Erinnerung an alle Opfer des terroristischen Attentats am Olympia-Einkaufszentrum am 22.07.2016 (Eröffnung zum 1. Jahrestag 2017) oder der Dokumentation Oktoberfest-Attentat (Eröffnung 2020). Derzeit wird ein Juryverfahren durchgeführt für ein partizipatives Kunstwerk zur Geschichte und Gegenwart der Sinti*innen und Romn*innen. Weitere permanente Denkmalsetzungen befinden sich in Zusammenarbeit mit dem Bereich Public Art München in Vorbereitung: ein digitales Namensdenkmal für die Todesopfer des NS-Regimes in München, ein Gedenkkunstwerk zur Erinnerung an den terroristischen Anschlag in München-Riem am 10.02.1970 und ein Frauendenkmal zur Erinnerung an die Errungenschaften der Münchner Frauenbewegung.

2021/2022 wurde die Debatte um historisch belastete Denkmalssetzungen in München aufgegriffen und das Programm „Past Statements – Denkmäler in der Diskussion“

realisiert. Wie in der Bekanntgabe vom 08.07.2021 dem Kulturausschuss vorgestellt, hat das Kulturreferat bei Veranstaltungen in Stadtteilen Münchner*innen zu Diskussionen zu konkreten Denkmalssetzungen eingeladen, einen Kunstwettbewerb ausgeschrieben und temporäre Interventionen in den öffentlichen Raum gebracht. Im Oktober 2022 hat das Kulturreferat zusammen mit dem Haus der Kunst zu einem internationalen Forum eingeladen, um aktuell künstlerische Positionen im Umgang mit Denkmalssetzungen zu diskutieren. 2023 soll eine Publikation die vielseitigen Perspektiven der Programmreihe zusammenführen.

2.2.10 Förderung und Teilhabe

Teilhabe heißt, den großen Erkenntnisgewinn anzuerkennen, den die institutionelle Öffnung hin zu Multiperspektivität und dem dezidierten Gegenwartsbezug ermöglicht. Dies bedarf zunächst Selbstreflexion über die eigene institutionelle Machtstruktur, den ernsthaften Willen, traditionelle Verfahrenswege und Entscheidungsprozesse in Frage zu stellen. Es heißt zudem, die Deutungshoheit der eigenen Institution aufzubrechen und zu einem Verhandeln über die Inhalte einzuladen. Dazu gehört auch Flexibilität im Umgang mit Konflikten und Fehlern, den Aushandlungsprozess, der mitunter zeit- und ressourcenintensiver ausfallen kann, dennoch als positiven und gewollten Teil des Prozesses zur gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung anzunehmen.

Erinnerungsprojekte können funktionieren, wenn sie breit verhandelt werden, der kritische Diskurs dazu von allen Beteiligten als willkommener Teil begriffen, und auch Konflikte als produktive Auseinandersetzung mit den Gegenwartsfragen von Geschichte Raum und Zeit gegeben wird.

Von diesem Verständnis getragen sieht das Kulturreferat auch die neue Abteilung Public History München als eine Förderabteilung, die es einem interdisziplinären Akteur*innenspektrum ermöglichen soll, eigene und neue Zugänge zu Geschichte und Gesellschaft zu eröffnen. Dafür sollen aus allen inhaltlichen Arbeitsfeldern Fördermittel ausgereicht werden.

Der Bereich Stadtgeschichte tut dies bereit seit vielen Jahren. Alle Mitarbeiter*innen beraten Initiativen bei der Realisierung von Projekten und bearbeiten Zuschussanträge darunter rund 40 aktive Geschichtsinitiativen und eine Vielzahl lokaler Kulturakteur*innen. In den vergangenen Jahren konnten jährlich Förderungen ausgereicht werden. Die Abteilung Public History hat den Anspruch in den nächsten Jahren den Adressat*innenkreis ihrer Zuschussnehmer noch vielfältiger und diverser zu gestalten, Zugänge für Zielgruppen und Formate zu ermöglichen, die bisher weniger Gehör gefunden haben und damit auch das Spektrum der kulturellen Teilhabe im Bereich Erinnerungskultur zu erweitern. Insbesondere die neuen in der Abteilung verankerten Arbeitsbereiche Jüdische Geschichte und Migrationsgeschichte bieten dafür wichtige Voraussetzungen.

Die FgR weist darauf hin, dass zu den Themen „Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ Förderanträge bei der FgR gestellt werden können.

2.2.11 Verwaltung

Zur Aufrechterhaltung und Umsetzung der neuen Aufgabenfelder ist eine dauerhafte Zuschaltung einer Verwaltungskraft (1 VZÄ, A10) erforderlich.

